

ASSE-FÄSSER

Neue Koordinierungsstelle für Rückholung geschaffen

Hannover. Das Land Niedersachsen schafft eine Koordinierungsstelle zur Vorbereitung einer Rückholung der rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen aus dem maroden Bergwerk Asse. Das hat die Landesregierung am Montag beschlossen. Als Gesamtkoordinator soll der Leiter der Atomaufsicht und des Strahlenschutzes im niedersächsischen Umweltministerium die neue Koordinierungsstelle leiten. Aktuell ist dies Andreas Sikorski. Bis 1978 wurde unter dem Deckmantel der Forschung Atommüll in dem Bergwerk im Landkreis Wolfenbüttel entsorgt. 2008 erfuhr das Umweltministerium offiziell vom Eindringen von Wasser in die Schachanlage bei Remlingen und der Gefahr einer radioaktiven Belastung der Umgebung. Das führte zum Plan, die Fässer nach vielen Jahrzehnten wieder an die Erdoberfläche zu holen. Inwiefern dies technisch am Ende machbar sein wird, muss sich noch zeigen. DPA

VERSTOSS GEGEN REGELN

Polizei verweist Gruppe von der Insel

Wangerooze. Die Polizei hat bei einer Kontrolle auf Wangerooze eine siebenköpfige Gruppe wegen eines unerlaubten Besuchs von der Nordseeinsel verwiesen. Die sieben Gäste seien bereits zu den Weihnachtstagen für einen Verwandtenbesuch auf die Insel gereist, wie ein Polizeisprecher in Wilhelmshaven am Montag sagte. Aufgrund einer Ausnahmeregelung zu den Feiertagen in der Corona-Verordnung war das zulässig. Die Gruppe habe dann aber ihren Insel-Aufenthalt in dem Ferienhaus bis zum 6. Januar verlängert und damit gegen die geltenden Corona-Regeln verstoßen, teilte der Sprecher mit. Denn laut Verordnung waren Übernachtungen zu touristischen Zwecken – auch zum Jahreswechsel – verboten. Die Gruppe musste dann die Insel verlassen. Die Inselbesucher erwartet nun ein Bußgeld. DPA

INFEKTION

Mehr als 300 Polizisten wieder von Corona genesen

Hannover. Unter den Zehntausenden Corona-Infizierten in Niedersachsen seit Ausbruch der Pandemie sind auch Hunderte Polizisten. Wie aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der FDP hervorgeht, sind bis kurz vor Weihnachten 354 Corona-Fälle bei Mitarbeitern der Polizei bekannt geworden – 310 von ihnen galten am Stichtag 21. Dezember bereits als genesen. Ob die Ansteckungen im Dienst oder im privaten Umfeld erfolgten, könne nur in seltenen Fällen sicher nachvollzogen werden, hieß es. Das Innenministerium betonte in der Antwort zudem, dass eine frühzeitige Impfung von Polizisten gegen Covid-19 wichtig sei, da diese „für die Durchsetzung von Corona-Regelungen und für die Pandemiebekämpfung sowie für den Schutz von Impfzentren“ gebraucht würden. DPA

NOTBETREUUNGSPLÄTZE

Kita-Eltern fordern Einsicht in erhobene Zahlen

Hannover. Die Organisation der Notbetreuung in den niedersächsischen Kindertagesstätten muss nach Ansicht der Eltern transparenter werden. Die Vorsitzende der Landeselternvertretung, Christine Heymann-Splinter, sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“: „Die Landkreise erheben zwar die Zahl der Notbetreuungsplätze, die Eltern dürfen diese Zahlen jedoch nicht einsehen.“ Die Eltern könnten daher nicht überprüfen, für wie viele Kinder die Notbetreuung angeboten werde. Viele fürchteten, für ihr Kind keinen Platz mehr zu bekommen. Die Landesregierung hatte angekündigt, dass die Notbetreuung für bis zu 50 Prozent der Gruppengröße möglich werde. DPA

Das Tempo-30-Projekt

Region Hannover startet dreijährigen Modellversuch an 100 Ortsdurchfahrten

VON PETER MLODOCH

Hannover. Für manchen Autofahrer sind sie pure Schikane; andere Verkehrsteilnehmer sehen darin einen Schritt zu mehr Sicherheit: Tempo-30-Zonen erregen immer wieder die Gemüter. Die Region Hannover mit mehr als 1,1 Millionen Einwohnern will es jetzt wissen und startet einen Großversuch, um in Ortsdurchfahrten Auswirkungen auf Unfallgeschehen, Lärmbelastung und Umweltschäden zu erforschen. Das Interesse daran übersteigt alle Erwartungen. Mehr als 100 Kreisstraßen haben die Städte und Gemeinden für den dreijährigen Test angemeldet. Das Verkehrsdezernat der Region hatte bei der Ausschreibung im Herbst mit rund 40 Strecken gerechnet und jetzt rund 100 ausgewählt. „Wir sind über diese Resonanz schon sehr erstaunt“, sagt Regionssprecher Klaus Abelmann.

Von den 20 Mitgliedskommunen neben der Landeshauptstadt machen 19 mit. Nur Burgwedel mit seinen Ortsteilen drückt sich; dort haben sich die CDU-dominierten Ortsräte gegen eine Geschwindigkeitsbeschränkung ausgesprochen. Ein positives Votum der Gemeindevertretungen war aber Voraussetzung für die Aufnahme der Straßen ins Programm. Hannover ist ebenfalls nicht dabei. Für seine Kreisstraßen ist die Landeshauptstadt selbst zuständig, nicht die Region.

Daten werden bis 2023 erhoben

Diese wertet die ausgewählten Strecken derzeit für den späteren Vorher/Nachher-Vergleich aus: Mitarbeiter zählen Autos und Fahrräder, erfassen Geschwindigkeiten, messen Lärm und Luftverschmutzung. Erste Tempo-30-Zonen will die Region ab Februar ausschließen. Dort sollen dann nach einer sechsmonatigen Gewöhnungsphase bis 2023 die neuen Daten erhoben werden. Abschließend wollen die Experten vor allem auch das Unfallgeschehen ohne und mit Tempolimit erforschen. „Wir kommen dem Wunsch von Anliegern nach mehr Verkehrssicherheit und Ruhe nach“, hatte Verkehrsdezernat Ulf Birger Franz bei der Vorstellung des Vorhabens erklärt. Man wolle die Bevölkerung bestmöglich vor Lärm und Abgasen schützen. „Hierbei kann die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h in Ortsdurchfahrten einen Beitrag leisten“, heißt es im Beschluss der Region.

Möglich macht den Test eine Experimentierklausel, die im April 2020 in die Straßenverkehrsordnung aufgenommen wurde. Danach dürfen die kommunalen Straßenverkehrsbehörden nicht nur vor Schulen, Kitas, Kliniken und Seniorenheimen die Geschwindigkeit auf 30 drosseln. Tempolimits sind jetzt laut Paragraph 45 auch „zur Erprobung geplanter verkehrssichernder oder verkehrsregelnder Maßnahmen“ zulässig. „Es geht um Ortsdurchfahrten, auf denen Fußgänger zu Stoßzeiten kaum die Straße wechseln können, auf denen es unsicher für Kinder und Radfahrer ist“, betonte Dezernat Franz.

250.000 Euro hat die Region für die Verkehrsuntersuchungen veranschlagt. Dazu kommen die nach eigener Einschätzung der Behörde überschaubaren Kosten für die Beschilderung. In der Anfangsphase will die Region mit mobilen LED-Tafeln auf das verringerte Tempo in den Orten hinweisen.



Statt Tempo 50 künftig 30: In zahlreichen Ortsdurchfahrten der Region Hannover soll der Verkehr beruhigt werden. FOTO: MARCUS FÜHRER/DPA

Massive Blitzer-Kontrollen werde es vorerst nicht geben, heißt es. Autofahrer sollten sich so erst auf die neue Situation einstellen können.

Im Ressort von Landesverkehrsminister Bernd Althusmann (CDU) blickt man dennoch kritisch auf das Großexperiment vor der Haustür. „Die Zulässigkeit solcher Versuche wird zurzeit noch geprüft“, erklärt eine Sprecherin. Das Ministerium hatte nach einem langen Hin und Her im vergangenen Sommer selbst ein – noch von der rot-grünen Vorgängerregierung 2017 initiiertes – Pilot-

projekt auf Landesebene zu Tempo 30 gestartet. Dieses fällt allerdings deutlich kleiner als der Regionsvorstoß aus. Nur sechs Strecken werden untersucht, je zwei in den Großstädten Osnabrück und Göttingen, in den mittleren Städten Garbsen und Seevetal sowie in den kleinen Orten Friedland und Edewecht. Auch hier läuft die Vorher-Erhebung bis Februar 2021, auch hier läuft die Probezeit bis Ende 2023. Beworben hatten sich deutlich mehr Kommunen. Die Region Hannover ergriff aufgrund dieses lebhaften Interesses daraufhin selbst die Initiative.

Morphin im Frühstück?

Frau wegen versuchten Mordes an Ehemann vor Gericht

VON ANGELIKA SIEPMANN

Verden. Sie soll ihrem an Diabetes leidenden Mann eine Überdosis des Schmerzmittels Morphin und eine unbekannte Dosis Insulin zugeführt haben. Durch die „Beibringung von Gift“ hat die 42-Jährige laut Anklage vor fast genau einem Jahr versucht, ihren damaligen Ehemann in der gemeinsamen Wohnung in Rehburg-Loccum (Landkreis Nienburg) heimtückisch zu töten. Seit Montag muss sich die Frau vor der Schwurgerichtskammer des Landgerichts Verden wegen versuchten Mordes verantworten.

Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass der Nebenkläger (51) am Morgen des 25. Januar 2020 zunächst ein von der Frau vorbereitetes Frühstück und das von ihr vordosierte Medikament Morphin eingenommen hat. Dabei soll die Angeklagte entweder die zweieinhalbfache Menge Morphin vorbereitet oder der Speise eine „Überdosierung“ beigemischt haben. Im Laufe des Tages soll sie dem Mann zudem eine unbekannte Menge Insulin verabreicht haben, um ihn „in Verbindung mit der Überdosis an Morphin zu töten“. Bis in den Abend hinein soll die Frau beinahe stündlich den Blutzuckerwert des Ehemannes gemessen haben, dessen Zustand sich zunehmend verschlechterte.

Drei von ihr angerufenen Personen soll die Frau den Eindruck vermittelt haben, ihr Ehemann liege im Sterben. Auch von einer möglichen Seebestattung soll gegenüber den Zeugen die Rede gewesen sein. Erst als sie „fälschlicherweise“ angenommen habe, dass Opfer werde nicht überleben, soll sie gegen 20 Uhr den Rettungsdienst alarmiert haben. In der Klinik in Stolzenau soll sie später mit ihrem Geliebten erschienen, eine angebliche Patientenverfügung des Ehemannes erwähnt und wahrheitswidrig angegeben haben, er habe „sich suizidieren wollen“ und wünsche keine Rettung. Nach den Feststellungen wäre der Nebenkläger ohne ärztliches Eingreifen gestorben. Die Ermittlungen haben ergeben, dass die Angeklagte in Tagen zuvor reichlich im Internet recherchiert hat, unter anderem unter den Stichworten „Unterzuckerung tödlich“ und „Morphin in Sterbephase“.

Nach Angaben ihrer beiden Verteidiger will sich die aus der Frauenhaftanstalt Vechta nach Verden gebrachte 42-Jährige „zunächst“ nicht zu den Vorwürfen äußern. Die Angeklagte schien gesundheitlich angeschlagen. Ihre Anwälte erklärten auf Nachfrage, ihre Mandantin habe im September ein Kind zur Welt gebracht, bei der Kaiserschnittgeburt sei es zu Komplikationen gekommen.

Polizei in Sorge

Immer mehr Niedersachsen haben einen Kleinen Waffenschein

VON HELEN HOFFMANN

Hannover. Die Zahl der Menschen mit Kleinem Waffenschein ist in Niedersachsen weiter gestiegen. Wie das Innenministerium auf Anfrage mitteilte, hatten Anfang Dezember 2020 knapp 70.900 Frauen und Männer eine Berechtigung für Schreckschusswaffen. Das waren knapp sieben Prozent mehr als im Jahr 2019. „Dass immer mehr Menschen im Besitz von sogenannten SRS-Waffen sind, besorgt mich“, sagte Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD). Die Abkürzung SRS steht für Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen. „Die Gefahren, die von diesen Waf-

fen ausgehen, sind enorm“, so der Minister. Er verwies darauf, dass der unsachgemäße Gebrauch lebensgefährlich sein könne.

Für den Kauf und Besitz von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen braucht es keine besondere Erlaubnis, der Käufer oder die Käuferin muss nur volljährig sein. Wer die Waffe in der Öffentlichkeit mit sich führen möchte, braucht einen Kleinen Waffenschein. Er gilt nur für Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen. Die Pistolen, die aussehen wie echte Waffen, werden zur Abschreckung und Notwehr verkauft.

Nach einer Statistik des Innenministeriums hat sich die Zahl der Menschen mit Kleinem Waffenschein seit dem Jahr 2014 stark erhöht. Damals gab es 24.178 solcher Berechtigungen in Niedersachsen. Von 2015 auf 2016 stieg die Zahl um rund 70 Prozent und kletterte danach weiter aufwärts. Anfang Dezember 2020 lag sie bei 70.899.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Niedersachsen sieht die Entwicklung kritisch. „Die größte Gefahr dabei ist, dass Schreckschusswaffen äußerlich meist baugleich mit echten Schusswaffen sind, ein Unterschied ist augenscheinlich nicht zu erkennen“, sagte Landesvorsitzender Dietmar Schillf. „Das erschwert der Polizei die Arbeit enorm.“ Die Beamten müssten immer davon ausgehen, dass es sich um eine echte Schusswaffe handle.



Sieht aus wie ein echte Waffe: die Schreckschusspistole „Walther P22“. FOTO: KILLIG/DPA

Heiratswillige zögern mit Hochzeit

Nachfrage auf Niveau der Vorjahre

Hannover. Etliche Paare haben ihre Heirat im vergangenen Jahr aufgeschoben – eine erhöhte Nachfrage nach Hochzeitsterminen bleibt bei den Standesämtern in Niedersachsen für 2021 bislang aus. Und die niedersächsische Landesregierung rät sogar angesichts der verschärften Corona-Infektionslage derzeit von Hochzeiten ab.

Beim Standesamt in Hannover gingen zwar schon viele Anfragen für das neue Jahr ein, allerdings seien die Reservierungen bisher eher auf dem Niveau der Vorjahre, sagte ein Sprecher der Stadt. Auch in Wolfsburg und Göttingen liegen die Nachfragen etwa im selben Rahmen wie im Jahr zuvor.

In Osnabrück sind die Paare verhaltener als in den vergangenen Jahren. Nach Angaben eines Sprechers der Stadt wurden dort im vergangenen Jahr einige Hochzeiten auf das neue Jahr verschoben, allerdings hätten andere Paare ihre Zeremonie abgesagt.

Das Standesamt auf der Nordseeinsel Juist hat bisher etwa zwei Drittel der Hochzeitstermine für das laufende Jahr vergeben. Man liege aber im Schnitt der vergangenen Jahre, sagte ein Sprecher des Standesamtes. „Es ist schon merkbar, dass sich die Paare momentan etwas zögerlich um die wenigen zu vergebenden Termine bemühen und auch eher im Sommer oder Herbst Termine reservieren als im Frühjahr 2021“, sagte ein Sprecher. Etwa zehn Prozent Hochzeiten auf Juist seien im vergangenen Jahr abgesagt oder auf das neue Jahr verschoben worden. Seit zwei Jahren können sich Paare direkt am Strand von Juist trauen lassen, 2020 nutzten rund 60 Prozent aller dort getrauten Paare dieses Angebot. DPA

Keine Hinweise auf Brandstifter

Celle. Nach den mutmaßlich politisch motivierten Brandanschlägen auf Aufnahmebehörden in Braunschweig und Hannover haben die Ermittler noch keine Hinweise auf die Täter. „Wir stehen am Anfang der Ermittlungen“, sagte Bernd Kolkmeier von der Oberstaatsanwaltschaft Celle am Montag. Über die Täter habe man bis auf das Bekenntnis schreiben noch keine weiteren Erkenntnisse gewonnen; für Schuldzuweisungen und Bewertungen sei es zu früh.

Laut Kolkmeier wird wegen Brandstiftung und versatzfeindlicher Sabotage ermittelt. Die Landesaufnahmebehörde organisiert die Aufnahme und Unterbringung von asylsuchenden Menschen in Niedersachsen und unterstützt die kommunalen Ausländerbehörden bei Rückführungen.

Auf dem Gelände der Aufnahmebehörde in Braunschweig sollen Linksextremisten nach Angaben des Innenministeriums in der Nacht zum Sonntagabend zehn Fahrzeuge und einen Anhänger angezündet haben. Sie brannten aus. Brandsachverständige untersuchten die Wracks am Montag. Nach ersten Schätzungen entstand ein Schaden von gut einer halben Million Euro. Auch am Gebäude der Landesaufnahmebehörde in Hannover-Langenhagen wurden nach Angaben des Ministeriums Brandsätze gefunden. Diese zündeten aber nicht. DPA

WESER KURIER

Eine Auswertung dieser Messfelder ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.

